



# GEMEINSAMER BERICHT 2009 ÜBER SOZIALSCHUTZ UND SOZIALE EINGLIEDERUNG – ZUSAMMENFASSUNG

Soziale Eingliederung, Renten,  
Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege



Europäische Kommission

Diese Veröffentlichung wird im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007-2013) unterstützt, das von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission verwaltet wird. Dieses Programm wurde eingerichtet, um die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung und Soziales – wie in der Sozialpolitischen Agenda ausgeführt – finanziell zu unterstützen und somit zum Erreichen der Vorgaben der Strategie von Lissabon in diesen Bereichen beizutragen.

Das auf sieben Jahre angelegte Programm richtet sich an alle maßgeblichen Akteure in der EU-27, den EFTA-/EWR-Ländern und den Beitritts- und Kandidatenländern, die einen Beitrag zur Gestaltung geeigneter und effektiver Rechtsvorschriften und Strategien im Bereich Beschäftigung und Soziales leisten können.

Mit Progress wird das Ziel verfolgt, den EU-Beitrag zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in ihrem Engagement und ihren Bemühungen um mehr und bessere Arbeitsplätze und größeren Zusammenhalt in der Gesellschaft auszubauen. Zu diesem Zweck trägt das Programm Progress dazu bei,

- Analysen und Empfehlungen in den Politikbereichen des Programms Progress bereitzustellen;
- die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts und der Strategien der Gemeinschaft in den Politikbereichen des Programms Progress zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten;
- den Austausch von Strategien, das wechselseitige Lernen und die gegenseitige Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Ziele und Prioritäten der Union zu fördern;
- die Auffassungen der beteiligten Akteure und der Gesellschaft insgesamt zu kanalisieren.

Weitere Informationen finden Sie unter:

**<http://ec.europa.eu/progress>**

# GEMEINSAMER BERICHT 2009 ÜBER SOZIALSCHUTZ UND SOZIALE EINGLIEDERUNG ZUSAMMENFASSUNG

Soziale Eingliederung, Renten, Gesundheitsversorgung  
und Langzeitpflege

**Europäische Kommission**

Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit  
Referat E2 und E4

Manuskript abgeschlossen im Juni 2009

Weder die Europäische Kommission noch Personen, die in ihrem Namen handeln, sind für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen verantwortlich.

© Fotos Getty Images

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Copyright der Europäischen Gemeinschaften unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem/den Inhaber(n) des Copyrights eingeholt werden.

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre  
Fragen zur Europäischen Union zu finden

Gebührenfreie einheitliche Telefonnummer (\*):  
**00 800 6 7 8 9 10 11**

(\*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang  
zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,  
Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten und eine Inhaltsangabe befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2009

ISBN 978-92-79-13133-2  
doi:10.2767/36616

© Europäische Gemeinschaften, 2009  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

*Printed in Belgium*

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

# INHALT

EINFÜHRUNG . . . . .	5
<b>DIE SOZIALEN AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSKRISE . . . . .</b>	<b>8</b>
Mehr Anträge auf Geldleistungen . . . . .	8
Beitrag der Sozialpolitik . . . . .	9
Stärkung der Solidarität . . . . .	9
Rolle des Europäischen Sozialfonds . . . . .	9
<b>BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG . . . . .</b>	<b>10</b>
Hilfe für Kinder auf dem Weg aus der Armut . . . . .	11
Förderung der sozialen Eingliederung von Roma . . . . .	11
Aktive Eingliederung . . . . .	12
Migranten . . . . .	12
Menschen mit Behinderungen . . . . .	13
Bekämpfung der Obdachlosigkeit . . . . .	13
Beseitigung von Bildungsnachteilen . . . . .	14
Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung . . . . .	14
<b>ANGEMESSENHEIT UND ZUKUNFTSSICHERHEIT DER RENTEN . . . . .</b>	<b>15</b>
„Angemessenheit“ und „Zukunftssicherheit“: Definition . . . . .	15
Mehr Menschen für längere Zeit im Berufsleben . . . . .	16
Sicherstellen angemessener Renten . . . . .	17
Kapitalgedeckte Altersversorgungssysteme . . . . .	17
Auswirkungen der Krise auf das Einkommen aus kapitalgedeckten Altersversorgungssystemen . . . . .	18
Rücklagen für Mindestrenten . . . . .	18
<b>ALLGEMEINER ZUGANG ZU GESUNDHEITSVERSORGUNG UND LANGZEITPFLEGE . . . . .</b>	<b>19</b>
Verbesserung der Gesundheitssysteme . . . . .	19
Zugang für alle zur Gesundheitsversorgung . . . . .	19
Qualität der Gesundheitsversorgung . . . . .	21
Zukunftssicherheit und Koordinierung . . . . .	21
Langzeitpflege . . . . .	21
<b>SCHLUSSFOLGERUNGEN . . . . .</b>	<b>22</b>



# EINFÜHRUNG

*In dieser Broschüre werden die wichtigsten Ergebnisse des Gemeinsamen Berichts 2009 über Sozialschutz und soziale Eingliederung dargelegt und die wichtigsten Trends in diesen Bereichen betrachtet, und zwar in der gesamten Europäischen Union (EU) und auf nationaler Ebene.*

Der Gemeinsame Bericht 2009 beruht auf den nationalen strategischen Berichten (NSB) der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Strategien zur Förderung der gemeinsamen sozialen Ziele in der EU darlegen. Die NSB wurden der Europäischen Kommission im Herbst 2009 vorgelegt. Diese Berichte erstrecken sich über den Zeitraum 2009 bis 2011 und konzentrieren sich auf drei Hauptbereiche: soziale Eingliederung, Renten und Gesundheitsversorgung. Die Kernaussagen aus dem Bericht sollen dabei die Anstrengungen der Politik in den Bereichen des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung in den kommenden Jahren lenken.

## **Aktionen auf EU-Ebene**

Durch den EU-Koordinierungsprozess in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung fordert die Europäische Union die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu ergreifen und ihre Sozialschutzsysteme auf Basis gemeinsamer Erfahrungen zu reformieren. Die Aktionen auf EU-Ebene beruhen auf EU-weit vereinbarten Zielen, die die Mitgliedstaaten in Form nationaler Aktionspläne umsetzen. Unterdessen werden EU-Gelder als Unterstützung dieser Maßnahmen bereitgestellt.

Das in der EU gebräuchliche System von gemeinsamen Ziele und Indikatoren, von Bewertungen und Berichten über Sozialschutz und soziale Eingliederung – die offene Koordinierungsmethode (OMK) –, ist eng mit der Strategie für Wachstum und Beschäftigung verzahnt. Der Gemeinsame Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung ist ein integraler Bestandteil der OMK (siehe Kasten).

## **Offene Koordinierungsmethode**

Die Vorgehensweise der EU bei der Sozialpolitik beruht auf der OMK, einem Mechanismus, der die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten aufeinander abstimmt. Das Ziel ist der Fortschritt auf die gemeinsamen europäischen Ziele hin, wobei die einzelnen Länder gleichzeitig die Möglichkeit erhalten, die Politiken für die optimale Vorgehensweise zum Erreichen dieser Ziele zu definieren. Bei der OMK stellen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne mit den Prioritäten und den geplanten Aktionen auf, während die Europäische Kommission die Fortschritte unterstützt und überwacht.

## Die Wirtschaftslage

Die NSB der Mitgliedstaaten wurden Ende September 2008 vorgestellt, wurden also verfasst, bevor die Konsequenzen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft durchschlugen. Auch wenn diese Entwicklungen in den NSB nicht vorhersehbar waren, haben die Mitgliedstaaten und die Kommission beschlossen, diese Berichte weiterhin als relevant zu behandeln. Die Aktionen auf dem Weg zu den gemeinsamen sozialen Zielen werden dabei als dringender denn je erachtet. Insbesondere eine geeignete Sozialpolitik soll parallel eine Abmilderung der negativen sozialen Auswirkungen auf die Schwächsten fördern und die Konsequenzen der Krise für die Wirtschaft als Ganzes eindämmen.

## Soziale Eingliederung

Etwa 16 % der europäischen Bevölkerung (79 Millionen Menschen) werden von Einkommensarmut bedroht; bei Kindern und Senioren ist der prozentuale Anteil sogar noch höher. Armut hat mehrere Ursachen: unzureichende Unterbringung, mangelnde Fachkenntnisse, kein uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und anderen grundlegenden Diensten, kein Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle diese Faktoren, insbesondere in Kombination miteinander, hindern die Bürger daran, ihren Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Mit der sozialen Eingliederung soll sichergestellt werden, dass alle Bürger, auch Schwächere, uneingeschränkt am Berufs- und Sozialleben teilnehmen und auch die gleichen Chancen für eine solche Teilnahme erhalten. Die Förderung der sozialen Eingliederung ist außerdem eine entscheidende Voraussetzung für das Erreichen der EU-Ziele hinsichtlich eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, mehr und besseren Arbeitsplätzen und eines größeren sozialen Zusammenhalts.

**2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Bis dahin ist die EU gefordert, ihr maßgebliches Engagement zur Ausrottung der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu bestätigen.**

## Sozialschutz

Die Sozialschutzsysteme sind in der Europäischen Union hoch entwickelt. Sie schützen die Menschen vor dem Risiko der Verarmung, das einhergeht mit Arbeitslosigkeit, Gesundheitsproblemen und Invalidität, Elternpflichten, Alter oder mit dem Verlust des Partners oder eines Elternteils. Sie garantieren auch den Zugang zu den Dienstleistungen, die für ein Leben in Würde wesentlich sind.



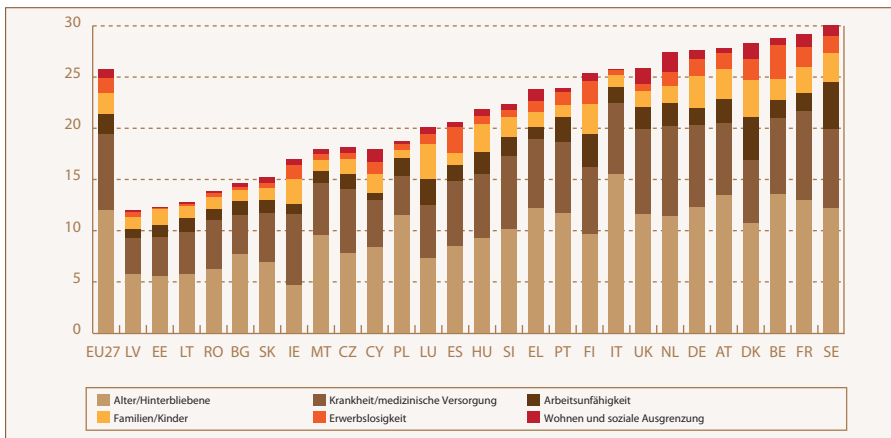
Ungleichheiten bestehen trotzdem weiter, und in dieser schnelllebigen Welt mit raschen Veränderungen ergeben sich immer neue Herausforderungen für die Sozialschutzsysteme. Die größten Risiken gehen dabei von der Alterung der Bevölkerung aus. Laut den Prognosen wird der Anteil der über 65-Jährigen bis zum Jahr 2050 um 77 % steigen. Die Mitgliedstaaten haben daher mit der Reform ihres Renten-, Gesundheits- und Langzeitpflegesystems begonnen, um so den allgemeinen und dauerhaften Zugang zu diesen Systemen zu gewährleisten.

**Die EU fördert die Modernisierung der Sozialschutzsysteme im Hinblick auf die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit für alle. Zudem fördert die EU die aktive Beteiligung aller Bürger an der Gesellschaft.**

### Bedeutung der Ausgaben für den Sozialschutz

Der Sozialschutz soll die Armut abdämpfen, trägt jedoch auch dazu bei, die Menschen gegen wichtige soziale Risiken abzusichern. Ein genauerer Blick auf die Sozialschutzausgaben zeigt, dass Renten, Krankengeld und Kosten für die Gesundheitsversorgung den Großteil der Ausgaben in allen Mitgliedstaaten der EU ausmachen (vgl. Abbildung). Wenn es darum geht, die vorbeugende Wirkung des Sozialschutzes zu beurteilen, müssen daher insbesondere die Belastbarkeit der Rentensysteme und der Zugang der Bürger zur Gesundheitsversorgung im Vordergrund stehen.

### Ausgaben für den Sozialschutz (% des BIP, 2006)

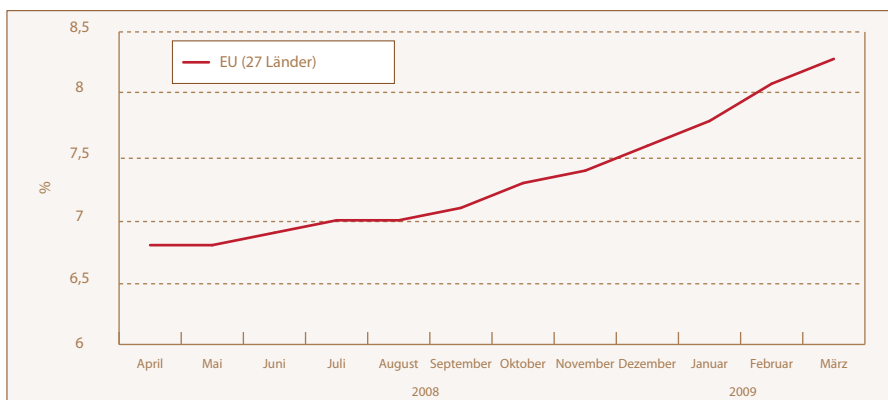


Quelle: Eurostat.

## DIE SOZIALEN AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Die Beschäftigungsstatistik der letzten Zeit zeigt deutlich die Auswirkungen der Rezession auf die Arbeitsmärkte. Die Erwerbslosenquote in der EU stieg beispielsweise von einem Tiefstand von 6,7 % im März 2008 auf 8,3 % im März 2009. Einige Länder wie Estland, Spanien, Irland, Litauen und Lettland waren besonders stark betroffen.

### Erwerbslosenquote (%)



*Hinweis:* Das Schaubild zeigt die Anzahl der Erwerbslosen als Prozentsatz der erwerbstätigen Bevölkerung (Gesamtanzahl der erwerbstätigen und erwerbslosen Personen).

*Quelle:* Eurostat.

### Mehr Anträge auf Geldleistungen

In den vergangenen Monaten ist die Erwerbslosigkeit in der EU als Ganzes und in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen, insbesondere bei bestimmten Personengruppen wie junge Erwerbsfähige, Personen mit Zeitverträgen und Migranten. Laut den Informationen, die der Ausschuss für Sozialschutz zusammengestellt hat, gehen die meisten Mitgliedstaaten davon aus, dass ihr Sozialhilfesystem unter einigen Druck geraten wird, sobald Erwerbslose, die derzeit noch Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren, bevor sie eine neue Arbeitsstelle finden. Auch der prozentuale Anteil älterer Erwerbsfähiger, die den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand beantragen oder eine Behinderung geltend machen, steigt in einigen Ländern bereits an.

In einigen Ländern schnellte der Anteil der Haushalte, die ihre Hypotheken nicht mehr zahlen können oder bei denen eine Zwangsäumung ansteht, rapide in die Höhe. Zudem wurden mehr Fälle von Überschuldung und Schwierigkeiten bei der Krediterlangung bei Einzelper-

sonen festgestellt. Bei kapitalgedeckten Altersversorgungssystemen ist ein steiler Wertverfall der Investitionen, die die Pensionsverpflichtungen stützen, zu verzeichnen.

## **Beitrag der Sozialpolitik**

Sozialschutzsysteme fungieren als „automatische Stabilisatoren“, sie dämpfen die Konsequenzen des wirtschaftlichen Abschwungs für die Bürger, insbesondere für die Schwächsten. In Anbetracht aktueller Prognosen werden die Ausgaben für den Sozialschutz weiter ansteigen, wobei die Mitgliedstaaten unterschiedlich stark in der Lage sind, den steigenden Bedarf zu erfüllen.

Schutzbedürftige Haushalte, die am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft ohnehin schon benachteiligt sind, dürften am stärksten von dieser Krise getroffen werden. Aus diesem Grund sind soziale Sicherheitsnetze erforderlich, die so eng geknüpft sind, dass diese Menschen nicht hindurchfallen, und gleichzeitig so wirksam sind, dass die Betroffenen wieder aktive Mitglieder der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt werden können.

## **Stärkung der Solidarität**

Um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzdämpfen und eine Erholung zu fördern, können beispielsweise die Werte, auf denen die Sozialpolitik in der EU und der Fortschritt bei Systemreformen beruht, als Grundlage herangezogen werden. Die jüngsten Strukturreformen im Bereich der sozialen Sicherheit zeigen Wirkung: Mehr Menschen kehren ins Erwerbsleben zurück, gute Arbeit zahlt sich wieder aus, und die Belastbarkeit der Arbeitsmärkte steigt. Dadurch wird das Erwerbsleben verlängert, und das Wachstum der Wirtschaft wird gefördert. Es ist von größter Bedeutung, diese positive Interaktion mit Aktionen für weiteres Wachstum und weitere Arbeitsplätze zu verstärken. Insbesondere die effektive Umsetzung der Politiken und die Einbindung sozialer Belange in andere politische Bereiche müssen eine stärkere Betonung erfahren.

Die negativen Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und den sozialen Zusammenhalt lassen sich nur mit langfristigen Reformen abwenden. Diese Reformen sind mit kurzfristigen Maßnahmen zu ergänzen, die Arbeitsplatzverlusten entgegenwirken und das Haushaltseinkommen sichern sollen. Hierzu ist eine starke, EU-weit koordinierte Reaktion erforderlich. Nützliche Hinweise und Informationen sind dem europäischen Konjunkturprogramm zu entnehmen, der EU-Strategie für die Erholung von der aktuellen Wirtschaftskrise.

## **Rolle des Europäischen Sozialfonds**

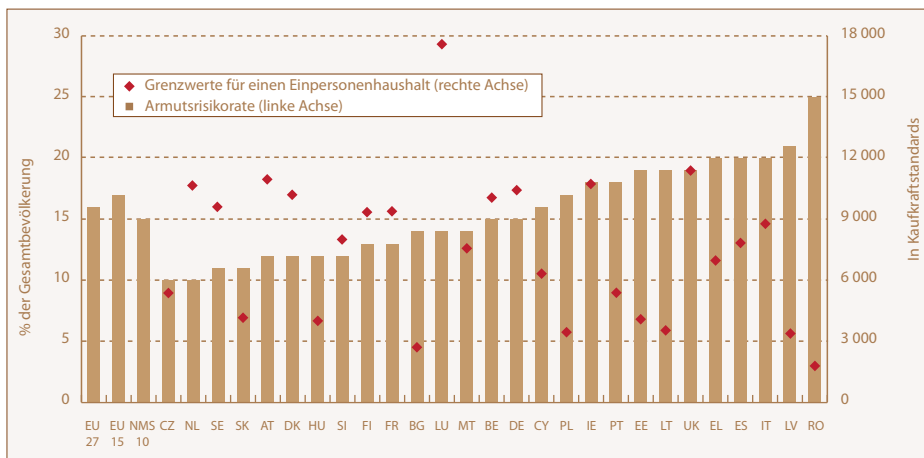
Auch der Europäische Sozialfonds sollte flexibel und zeitnah in vollem Ausmaß herangezogen werden, um die sozialen Konsequenzen der Krise zu mildern. Mit diesem Fonds sollte der rasche Wiedereintritt von Erwerbslosen in das Erwerbsleben gefördert werden, wobei der Schwerpunkt auf den Schwächsten liegen sollte. Derzeit laufen Maßnahmen, um die Umsetzung des EU-Strukturfonds zu vereinfachen und die Koordinierung mit den Sozialpolitiken zu verbessern.

## BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG

Wie der Kasten „Soziale Lage in Zahlen“ zeigt, lebt ein beträchtlicher Anteil der europäischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (<sup>1</sup>). Die Spannweite reicht hier von 10 % in der Tschechischen Republik und den Niederlanden bis zu 21 % in Lettland. Kinder und Senioren sind dabei mit einem Anteil von 19 % einem noch höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Es können jederzeit neue Risikogruppen, beispielsweise junge Erwerbsfähige und Arbeitskräfte, die eine erste Stelle suchen, und auch neue Risiken entstehen; eine aufmerksame Beobachtung ist also dringend geboten.

**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** 16 % der europäischen Bevölkerung (79 Millionen Menschen) waren 2007 von Armut bedroht.

### Armutsrisikorate in der EU (% , 2007)



Quelle: EU-SILC (2007); Finanzjahr 2006, außer UK (Finanzjahr 2006–2007) und IE (variabler Einkommensberichtszeitraum 2005–2006); RO: nationale Umfrage über das Haushaltseinkommen 2006; BG: keine Daten verfügbar  
 NMS = Neue Mitgliedstaaten

(<sup>1</sup>) Definiert als 60 % des verfügbaren äquivalenzierten Volkseinkommens im jeweiligen Land (nach Sozialabgaben).

## Hilfe für Kinder auf dem Weg aus der Armut

Der Anteil der Kinder in der EU, die von Armut bedroht sind, ist seit dem Jahr 2000 nicht mehr gesunken. Seit der Prozess zur sozialen Eingliederung eingeleitet wurde, nimmt die Bekämpfung der Kinderarmut und das Durchbrechen des Teufelskreises aus Benachteiligungen einen äußerst hohen Stellenwert ein. Dieses Problem erhält in den Mitgliedstaaten eine immer höhere Dringlichkeit.

Im Jahr 2006 wurde EU-27 auf der Märztagung des Europäischen Rates aufgefordert, maßgebliche Schritte zur Ausmerzung der Kinderarmut zu unternehmen. Viele Mitgliedstaaten haben sich diese Aufforderung zu Herzen genommen. Die meisten Länder, die dieses Problem zur Dringlichkeitssache erklärt haben, planen bereits eine Verstärkung ihrer Strategie und die Umsetzung einer mehrdimensionalen, ganzheitlichen Vorgehensweise.

**Die Bestrebungen der Mitgliedstaaten, umfassende Strategien gegen die Armut und die soziale Ausgrenzung von Kindern umzusetzen und auch den Zugang zu einer erschwinglichen Kinderbetreuung zu ermöglichen, müssen verstärkt werden.**

22 Länder haben sich Ziele im Hinblick auf die Kinderarmut gesetzt; 16 dieser Mitgliedstaaten nutzen dabei EU-weit vereinbarte Indikatoren. Einige Länder haben auch Ziele für ihre besonderen Aufgaben festgelegt (erwerbslose Haushalte, am stärksten gefährdete Familien, Grad der Armut, Kinderbetreuung).

Darüber hinaus werden Kinder und Familien bei der Gestaltung der Politiken für die soziale Eingliederung allgemein stärker berücksichtigt, insbesondere im Rahmen der Politiken für die aktive Eingliederung. Viele Länder haben so die Kinderarmut ins Bewusstsein gerückt, wenn es um Mindesteinkommen, um das Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Familienleben und um familienfreundliche Dienste geht.

## Förderung der sozialen Eingliederung von Roma

In ganz Europa müssen Roma mit einer Reihe von Benachteiligungen leben, durch die sie äußerst stark von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Mitgliedstaaten mit relativ großer Roma-Minderheit haben sich intensiver mit dieser Frage befasst und kennen sich im Allgemeinen besser mit den anstehenden Problemen aus.

Die Aufgaben umfassen insbesondere den Abbau der Diskriminierung, den Zugang zu Arbeit, die Beseitigung von Bildungsnachteilen und die Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Diensten wie Wohnung und Gesundheitsversorgung. Hierfür ist allerdings ein weit gespannter Orientierungsrahmen erforderlich, außerdem noch mehr Daten und Informationen und eine umfangreichere, zuverlässige Wissensdatenbank.

## **Aktive Eingliederung**

Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung bedeutet, die Eingliederung schwacher Gruppen zu fördern und die Diskriminierung in allen Lebensbereichen zu bekämpfen. Strategien zur „aktiven Eingliederung“ spielen hier eine wichtige Rolle. Diese Strategien sollen dafür sorgen, dass die Sozialpolitiken die erwerbsfähigen Arbeitskräfte mobilisieren, während sie gleichzeitig einen menschenwürdigen Lebensstandard für Menschen bewirken sollen, die außerhalb des Arbeitsmarktes stehen und bleiben.

Die aktive Eingliederung, bei der gleichzeitig die Bildung integrativer Arbeitsmärkte gefördert, ein angemessenes Einkommen sichergestellt und der Zugang zu angemessenen Diensten ermöglicht wird, hat in den meisten Mitgliedstaaten Priorität. Die verschiedenen Aspekte werden allerdings in der Regel getrennt behandelt, obwohl der Großteil der Betroffenen unter mehreren Nachteilen gleichzeitig leidet und eine integrative Reaktion unerlässlich wäre.

Mehrere Länder haben Maßnahmen ergriffen, mit denen die Kaufkraft von Erwerbstätigen mit Mindesteinkommen sichergestellt werden soll. Es ist und bleibt jedoch unbedingt notwendig, die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und die Beihilfe im Erwerbsleben stärker miteinander in Verbindung zu bringen, um so die richtigen Anreize zu geben. Gleichzeitig muss eine ausreichende Einkommensbeihilfe sichergestellt und die Erwerbsarmut unterbunden werden. Auch die dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist entscheidend.

## **Migranten**

Zuwanderer bilden eine weitere Gruppe, die mit sozialen Benachteiligungen leben muss. Zwischen dieser Gruppe und dem Großteil der Bevölkerung klaffen erhebliche Unterschiede hinsichtlich Armut, Einkommen, Gesundheit, Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit, Schulbildung und Schulabbruch.

Die Mitgliedstaaten räumen daher der Eingliederung von Migranten Priorität ein. Ganzheitliche Vorgehensweisen setzen sich immer stärker durch. Die Mitgliedstaaten beziehen daher sowohl die Migranten als auch die aufnehmende Gesellschaft in diesen Prozess ein, und verschiedene Mitgliedstaaten bemühen sich darum, Synergien zwischen Eingliederungspolitiken und Maßnahmen gegen Diskriminierung aufzubauen. Dennoch verlangt dieser Punkt eine erhöhte Aufmerksamkeit.

## **Menschen mit Behinderungen**

Schätzungen zufolge leben etwa 50 Millionen oder noch mehr europäische Bürger mit einer Behinderung <sup>(?)</sup>. Die Eingliederung dieser Bürger ist daher nach wie vor von Bedeutung. Die Nichterwerbstätigkeit und die unzureichende Einkommensbeihilfe werden allgemein als grundlegende Faktoren für die Armut von Menschen mit Behinderungen angesehen; allerdings fehlen hierfür quantitative Nachweise. Die Mitgliedstaaten konzentrieren sich auf die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt, wozu beispielsweise Hemmnisse bei der Schulbildung und dem lebenslangen Lernen beseitigt werden.

Nur wenige Staaten geben allerdings der Beseitigung struktureller Hürden, die einer uneingeschränkten Beteiligung an der Gesellschaft im Wege stehen, die angemessene Priorität. Die Politikgestaltung in den verschiedensten Bereichen bietet noch reichlich Raum, um Menschen mit Behinderungen die ihnen zustehende Aufmerksamkeit zu widmen (also Behinderungen in den Mittelpunkt rücken).

## **Bekämpfung der Obdachlosigkeit**

Obdachlosigkeit ist eine der extremsten Formen der sozialen Ausgrenzung. Im aktuellen Wirtschaftsklima ist der Zugang zu erschwinglichen Wohnungen und das Verhindern von Zwangsrumräumungen umso wichtiger, um die Armut und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Einige Länder setzen umfassende, mehrdimensionale Strategien für die verschiedenen Erscheinungsformen dieses Problems um, andere dagegen konzentrieren sich auf Maßnahmen, die in größere Orientierungsrahmen eingegliedert sind, z. B. im Zusammenhang mit Wohnung, Erwerbstätigkeit und Gesundheit. Der soziale Wohnungsbau, der das Ziel der eigenständigen Lebensführung mit der individuellen sozialen Absicherung vereint, ist derzeit vielbeachtet.

Mehrere Mitgliedstaaten haben sich Ziele gesetzt, mit denen die Obdachlosigkeit eingedämmt oder die Strukturen für die Unterstützung gestärkt werden sollen. Der Mangel an zuverlässigen Daten beeinträchtigt allerdings weiterhin die Bestrebungen, effektive Politiken zu definieren und zu überwachen. Eine Förderung der finanziellen Eingliederung ist ein entscheidender Faktor gegen die Obdachlosigkeit, insbesondere unter den derzeitigen Gegebenheiten. Personen, die vor einer Zwangsrumräumung stehen, müssen die richtige Unterstützung und Beratung erhalten.

---

<sup>(?)</sup> Erhebung zur Erwerbstätigkeit, Ad-hoc-Modul über Behinderungen 2002, kombiniert mit den geschätzten Bevölkerungszahlen von Eurostat für 2008.

### **Beseitigung von Bildungsnachteilen**

In den meisten Ländern ist durchaus bekannt, wie wichtig gute Bildung ist. Dennoch haben nur wenige Länder diesen Punkt in eine umfassende, langfristige Strategie zur Vermeidung und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung aufgenommen. Die Vorschulerziehung gilt als elementar, sowohl als Kernstück beim Ausgleich sozioökonomischer Nachteile als auch als Mittel, das das Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Familienleben erleichtert. Auch die Einführung hoher Standards an allen Schulen steht im Mittelpunkt. So sollen die Zahl der Schulabbrecher gesenkt, der Zugang zu Bildung für bestimmte Gruppen verbessert und Maßnahmen zur Anerkennung früher erworbener Kenntnisse etabliert werden.

### **Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung**

Eine Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung ist ein entscheidender Faktor in jeder Strategie gegen die Armut, und die Wirtschaftskrise rückt diesen Punkt noch weiter in den Vordergrund. Einerseits stehen Menschen, die von Armut und/oder Ausgrenzung bedroht sind, vor ganz speziellen Schwierigkeiten, wenn es um den Zugang zu Finanzdienstleistungen geht. Dies beeinträchtigt ihre persönliche Finanzplanung oder auch ihre Möglichkeiten, eine Arbeitsstelle zu finden. Wird der Zugang zu Finanzdienstleistungen am allgemeinen Markt verweigert, wenden sich die Menschen unter Umständen kostspieligeren und riskanteren alternativen Finanzprodukten zu. Die unsachgemäße Vermarktung und der unterschiedliche Zugang zu Informationen über Finanzdienstleistungen kann andererseits in der breiten Öffentlichkeit zu Überschuldung führen.

In einigen Mitgliedstaaten sind umfassende Politiken in Kraft, die häufig auch eine Schuldnerberatung umfassen; in einem einzigen Mitgliedstaat gilt die Überschuldung als Priorität. Mikrokredite – also Kleinstkredite für in Armut lebende Menschen, die eine Unternehmertätigkeit fördern sollen – werden in einigen Ländern gewährt, wenn die Betroffenen am allgemeinen Kreditmarkt keine Kredite erhalten.

**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** Trotz der Gesamtfortschritte an den Arbeitsmärkten leben 7 % der Erwerbstätigen unter der Armutsgrenze („Erwerbsarmut“).



## ANGEMESSENHEIT UND ZUKUNFTSSICHERHEIT DER RENTEN

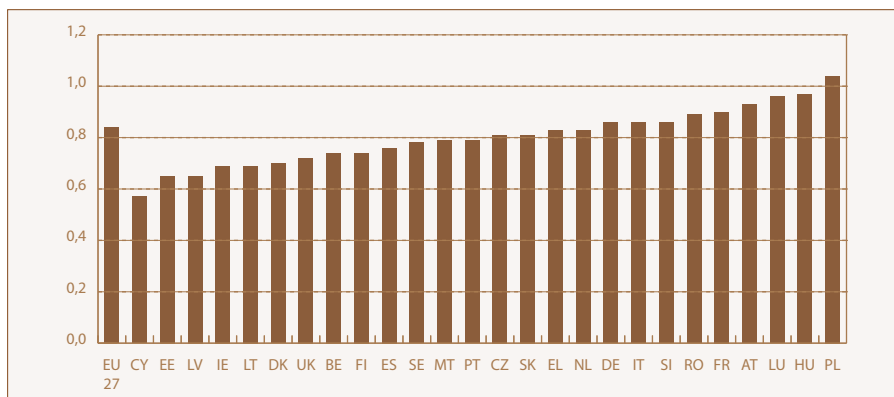
*Die Alterung der Bevölkerung kann sich negativ auf die Rentensysteme auswirken. Laut Prognosen wird sich die Nicht-Erwerbstätigen-Proportion (Anteil der über 65-Jährigen in der Bevölkerung zum Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren) von 25 % im Jahr 2004 auf 53 % im Jahr 2050 mehr als verdoppeln <sup>(3)</sup>. Das Alter als solches ist zwar nicht länger gleichbedeutend mit finanziellen Schwierigkeiten, aber das Risiko der Rentnerarmut bleibt.*

In den vergangenen zehn Jahren haben die Mitgliedstaaten ihre Rentensysteme reformiert, um so angemessene und nachhaltige Renten zu ermöglichen. Beim Problem, Renten in angemessener Höhe zu erzielen, die die finanzielle Zukunftssicherheit und die Anreize für ein fortgesetztes Erwerbsleben nicht gefährden, wurden einige Fortschritte erzielt. Die derzeitigen Konjunkturaussichten erschweren allerdings die notwendige Feinabstimmung.

### „Angemessenheit“ und „Zukunftssicherheit“: Definition

Rentensysteme sollen einen menschenwürdigen Lebensstandard für Rentenempfänger sichern und damit die Armut und die soziale Ausgrenzung im Alter verhindern. Mit diesen angemessenen Renten können ältere Menschen sowohl am wirtschaftlichen Wohlergehen ihres Landes als auch am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben. Angesichts der rasch alternden Bevölkerungen müssen die Rentensysteme jedoch nachhaltig finanziert werden, damit die Renten auch in Zukunft noch angemessen bleiben. Die Angemessenheit und die Zukunftssicherheit der Renten sind untrennbar miteinander verbunden.

### Relatives Einkommen älterer Menschen: mittleres Einkommen der über 65-Jährigen im Verhältnis zum Einkommen von 0- bis 64-Jährigen (2007)



Quelle: Eurostat.

<sup>(3)</sup> Eurostat.

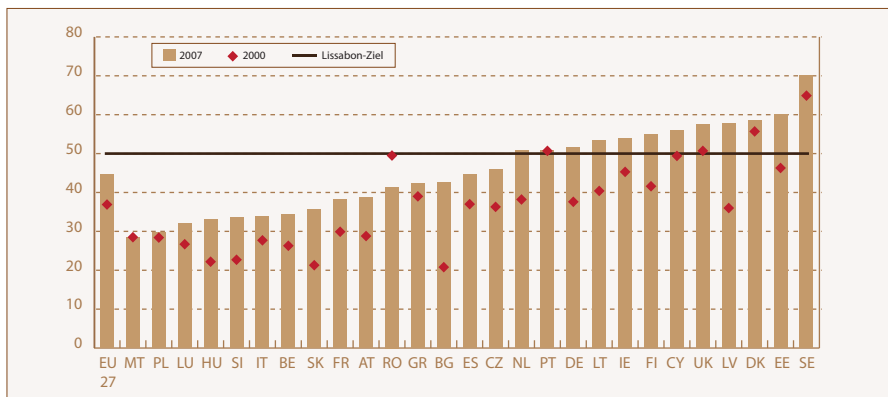
## Mehr Menschen für längere Zeit im Berufsleben

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung wurde bei den meisten Rentensystemreformen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit in den Mittelpunkt gestellt. Die Zahl älterer Erwerbstätiger ist gestiegen. Elf Länder erfüllen mittlerweile die Erwerbstätigenquote von 50 % bei den 55- bis 64-Jährigen, die in der Lissabon-Strategie als Ziel für das Jahr 2010 festgelegt wurde. Angesichts der höheren Lebenserwartung sind mittelfristig noch höhere Erwerbstätigenquoten erforderlich.

Um ältere Menschen darin zu bestärken, länger am Arbeitsmarkt zu verbleiben, muss das effektive Renteneintrittsalter angehoben werden. Nationalen Berichten zufolge beginnen die Mitgliedstaaten, das Renteneintrittsalter in den gesetzlichen Rentensystemen anzuheben. Die Möglichkeiten zum Eintritt in den Vorruhestand werden begrenzt, und Anreize für eben diesen Vorruhestand werden aufgehoben. Das sind wichtige Signale an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Beschäftigung älterer Menschen zu überdenken und den Renteneintritt zu verschieben. Die aktuelle Wirtschaftskrise wird diese Umstrukturierungen auf den Prüfstand stellen. Als Maßnahme gegen die steigende Arbeitslosigkeit ist es unerlässlich, eine rapide Senkung des effektiven Renteneintrittsalters und den frühen Übertritt zum Vorruhestand aus dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** Die Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger (55 bis 64 Jahre) lag im Jahr 2007 bei 45 %, im Vergleich zu 37 % im Jahr 2001.

## Erwerbstätigenrate älterer Menschen (55–64 Jahre)



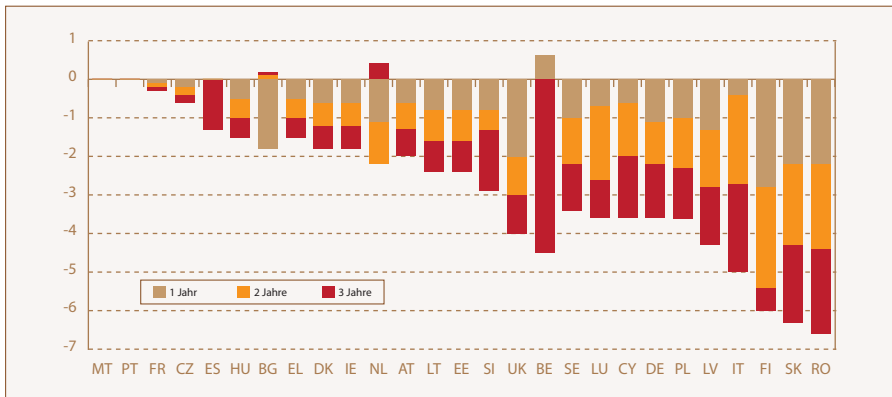
Quelle: Eurostat.

### Sicherstellen angemessener Renten

Die derzeitigen Konjunkturaussichten zeigen einmal mehr die Notwendigkeit, dass auch Erwerbstätige, die eine Zeitlang keine Arbeitsstelle haben, durch das Rentensystem abgesichert sind. Wie die Abbildung zeigt, können Berufspausen in reformierten Systemen allerdings die Angemessenheit deutlich einschränken. Insbesondere bei weiblichen und geringverdienenden Erwerbstätigen ist es wichtig, die volle Absicherung zu gewährleisten und die Angemessenheit der Rente zu überwachen.

**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** Durch die derzeitigen Rentensysteme konnte die Altersarmut im Allgemeinen eingeschränkt werden; alleinstehende ältere Frauen sind jedoch stärker gefährdet als alleinstehende ältere Männer (28 % bzw. 20 %).

### Auwirkungen einer 1-, 2- und 3-jährigen Berufspause wegen Erwerbslosigkeit auf das künftige Renteneinkommen



Quelle: ISG-Berechnungen anhand von theoretischen Lohnersatzraten im OECD-APEX-Modell bzw. in nationalen Modellen.

Hinweis: Messung nach der Differenz bei den theoretischen Netto-Lohnersatzraten; Renteneinkommen relativ zum letzten erhaltenen Arbeitsentgelt (in Prozentpunkten).

### Kapitalgedeckte Altersversorgungssysteme

Für Erwerbstätige, die heute in Rente gehen, sind kapitalgedeckte Systeme noch nicht übermäßig wichtig; im Allgemeinen gesehen gewinnen sie jedoch von Tag zu Tag an Bedeutung. Aus diesem Grund werden kapitalgedeckte Altersversorgungssysteme im Gemeinsamen Bericht 2009 eingehend untersucht.

Kapitalgedeckte Systeme müssen insbesondere Rückstellungen umfassen, die vor einer substanziellen Volatilität schützen. Eine mögliche Lösung besteht darin, das Anlagerisiko zu senken, je näher die Erwerbstätigen an das Renteneintrittsalter heranrücken. Dies wird als „lebenszyklusorientiertes Investitionsverfahren“ bezeichnet. Im Rahmen einer solchen Strategie können jüngere Erwerbstätige Produkte mit höherem Risiko wählen, bei denen sie im Lauf ihres Erwerbslebens mehr verdienen. Erwerbstätige nahe am Renteneintrittsalter können sich dagegen für Produkte mit einer zurückhaltenderen Investitionsstrategie entscheiden, bevor sie ihre Altersrücklagen in ein Renteneinkommen umwandeln.

Der Bericht fordert außerdem geeignete Lösungen für die Auszahlungsphase, die in einigen Ländern mit gesetzlichen Rentensystemen noch festzulegen ist. Die regelmäßigen Auszahlungen garantieren ein lebenslanges Einkommen unabhängig von der tatsächlichen Auszahlungsdauer und bilden damit die sicherste Möglichkeit, ein Renteneinkommen zu erzielen.

Die Mitgliedstaaten müssen den Anteil des Gesamtrenteneinkommens aus festgelegten Beitragsplänen sorgfältig prüfen, und sie müssen ermitteln, ob dieser Anteil für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen angemessen ist. Bei freiwilligen Rentensystemen sind die Absicherung und die Beitragshöhe beispielsweise nachweislich abhängig vom sozioökonomischen Status ihrer Mitglieder.

Wenn private Rentensysteme als wesentliche Renteneinkommensquelle etabliert werden sollen, dann müssen die Absicherung und die Beitragshöhe entsprechend festgelegt werden.

Darüber hinaus sind leistungsfähige Aufsichtsbehörden und effektive Finanzregulierungsrahmen unerlässlich. Wenn die Renten der Bürger aus mehreren Quellen kommen, ist der Zugang zu objektiven Angaben und zu eingehenden Finanzinformationen unerlässlich, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können.

### **Auswirkungen der Krise auf das Einkommen aus kapitalgedeckten Altersversorgungssystemen**

Bei den meisten Erwerbstätigen, die heute in Rente gehen, halten sich die Auswirkungen der Krise dank der langfristigen Strategien und der Regulierungsrahmen in Grenzen; einige neue Rentenempfänger dürften allerdings ein niedrigeres Einkommen erhalten als erwartet.

### **Rücklagen für Mindestrenten**

Die Mitgliedstaaten stellen ihre Rücklagen für die Mindestrenten derzeit so um, dass die Leistungen erhöht und der Zugang erleichtert wird. Die Leistungen sind in der Regel vom Verbraucherpreisindex abhängig. In den vergangenen Jahren des Wachstums hätte das relative Einkommen daher eigentlich zurückfallen müssen. Dennoch war der relative Rückgang zum größten Teil erheblich geringer, als zu erwarten stand. In den meisten Ländern wurden die Mindestrenten und Mindestrücklagen aufgestockt.

## ALLGEMEINER ZUGANG ZU GESUNDHEITSVERSORGUNG UND LANGZEITPFLEGE

*Die Mitgliedstaaten setzen sich für die allgemein zugängliche, hochwertige, nachhaltige Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege für ihre Bürger ein. Gesundheit ist ein wichtiges Ziel, weil sie zum allgemeinen Wohlbefinden der Bürger beiträgt. Gesunde Menschen sind zudem in der Lage, am Arbeitsmarkt und auch am sozialen und politischen Leben teilzunehmen; Gesundheit vermindert Fehlzeiten wegen Krankheit, steigert die Produktivität und schiebt den Renteneintritt hinaus, was ein längeres Erwerbsleben ermöglicht.*

**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** Die Lebenserwartung für Frauen liegt derzeit bei 82 Jahren, für Männer bei 76 Jahren. In den letzten 20 Jahren ist die Lebensdauer von Frauen damit um vier Jahre gestiegen, die der Männer um fünf Jahre.

### Verbesserung der Gesundheitssysteme

Die Mitgliedstaaten nennen effektive Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Gesundheitsförderung, Vorbeugung, Heilbehandlungen und Rehabilitation als unerlässliche Faktoren für Politiken, die zu guter Gesundheit und einem längeren Erwerbsleben beitragen. Zudem muss ein engerer Zusammenhang zwischen Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeits-, Umwelt- und Sozialpolitiken geknüpft werden.

Die Mitgliedstaaten arbeiten weiterhin an einer Steigerung der Effizienz und Effektivität; einige Länder untersuchen derzeit die Möglichkeiten einer Privatisierung. Die Ergebnisse solcher Reformen im Hinblick auf höhere Qualität und Effizienz ist abhängig von den Anreizen und den Verträgen mit den Krankenkassen. Der Erfolg auf nationaler Ebene ist abhängig von der institutionellen Fähigkeit zur Überwachung und Regulierung, zur Sicherstellung des Risikoausgleichs und zur Ermittlung der Stärken von privaten und gesetzlichen Rentensystemen. Um Synergien zu bilden und Verschwendung zu vermeiden, sind zudem die privaten und gesetzlichen Rücklagen zu koordinieren.

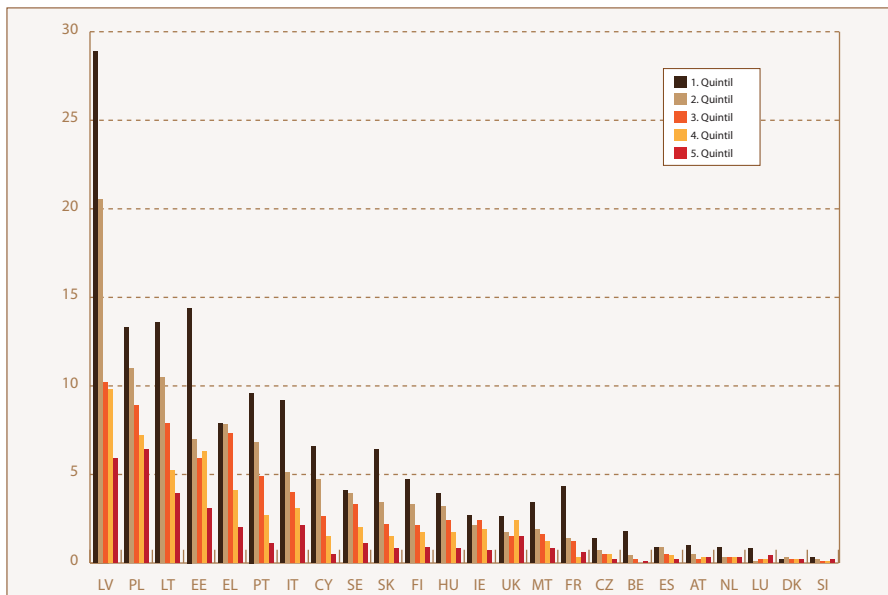
**SOZIALE LAGE IN ZAHLEN:** Die Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung sind in den letzten 20 Jahren in der gesamten EU gestiegen. Heute reicht die Spannweite der Ausgaben von 10 % des BIP oder mehr in einigen Ländern bis hinab zu 6 % in andern Ländern.

### Zugang für alle zur Gesundheitsversorgung

Trotz der guten Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten bestehen immer noch eklatante Differenzen bei der Gesundheit europäischer Bürger aus unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen und Regionen. Laut den verfügbaren Daten haben Menschen in allen Ländern berichtet, dass sie mindestens einmal in den vergangenen zwölf Monaten medizinische Hilfe (Untersuchung oder Behandlung) in Anspruch nehmen wollten, diese Hilfe jedoch nicht

erhalten haben, weil sie hätten warten müssen, weil die Hilfe zu teuer war oder weil die nächstgelegene Anlaufstelle zu weit von ihnen entfernt war (nicht erfüllte Gesundheitsversorgung). Menschen mit geringerem Bildungsstand, geringerem Vermögen oder schlechteren Arbeitsstellen leiden tendenziell stärker unter schlechter Gesundheit. Diese Ungleichheiten erschweren die soziale Eingliederung und verschärfen die wirtschaftlichen Diskrepanzen; zudem vermindern sie den Personalbestand.

### Nicht erfüllter Bedarf an Gesundheitsversorgung (Zugangshindernisse) laut Erfahrungsberichten (nach Einkommensquintil vom ärmsten bis zum reichsten Fünftel der Bevölkerung, %, 2006)



Quelle: Eurostat auf der Grundlage von Daten der EU-SILC 2006.

Zugangshindernisse: Wartezeiten, Kosten sowie räumliche Entfernung der Gesundheitsversorgung.

Zur Verbesserung der Situation führen die Mitgliedstaaten eine Reihe sektorenübergreifender Politiken ein, die sich sowohl an die Gesundheitsförderung als auch an die Vorsorge richten. Darüber hinaus sollen zahlreiche Dienste eingebunden werden, beispielsweise Schulbildung, Wohnung und Erwerbstätigkeit. In allen Ländern gilt zudem eine Verbesserung der medizinischen Versorgung als der richtige Weg, wenn es darum geht, den Zugang zu erleichtern, die Gesundheitsversorgung zu koordinieren und die Nachhaltigkeit zu sichern.

Nachdem jedoch die medizinische Behandlung – insbesondere Krankenhauskosten – den größten Teil der Ausgaben verschlingen, bleibt für die Förderung und die Vorsorge nur noch ein relativ kleiner Teil der Ausgaben, verglichen mit den Zielen. Auch der Mangel an Allgemeinärzten und Pflegepersonal in vielen Ländern verkompliziert diese Ziele noch weiter.

## **Qualität der Gesundheitsversorgung**

Qualitätsfragen nehmen auf der Agenda der Mitgliedstaaten einen immer höheren Platz ein. Mehrere Länder haben Initiativen ins Leben gerufen, mit denen qualitativ hochwertige, sichere Vorsorge- und Behandlungsmaßnahmen für die Bürger sichergestellt werden sollen. Es wurden beispielsweise Qualitätsstandards und klinische Leitlinien aufgestellt und umgesetzt, die auf evidenzbasierter Medizin oder auf Analysen der Gesundheitstechnologien beruhen.

Nur wenige Länder haben allerdings der Patientensicherheit – einem wichtigen Qualitätsfaktor – höchste Priorität eingeräumt und geeignete Strukturen und Systeme eingeführt. Hierbei sind große Unterschiede zwischen den Ländern zu verzeichnen: Einige Mitgliedstaaten sind schon weit fortgeschritten, was die Umsetzung von Qualitäts- und Sicherheitsstrategien und die Einführung einer patientenorientierten Vorgehensweise angeht, andere Länder dagegen stehen noch ganz am Anfang dieses Prozesses. Diese Unterschiede lassen sich auf die begrenzten Mittel für die Gesundheitsversorgung und den unzureichenden Bekanntheitsgrad der langfristigen Vorteile zurückführen, die eine gute Gesundheitsversorgung mit sich bringen kann.

## **Zukunftssicherheit und Koordinierung**

Wie bereits dargelegt, besteht nach wie vor Personalmangel im Bereich der Gesundheitsversorgung, und diese Situation wird sich mit zunehmender Alterung der Bevölkerung noch verschärfen. Damit entsteht die Frage nach der Zukunftssicherheit dieses Systems. Die Mitgliedstaaten müssen daher Maßnahmen ergreifen, mit denen Ärzte und Pflegepersonal auf allen Ebenen angeworben, geschult und gehalten werden.

Auch bei der Entwicklung einer ganzheitlichen Vorgehensweise für die Behandlung chronischer Krankheiten haben die Länder einige Fortschritte erzielt. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um die verschiedenen Behörden, die Arten der Gesundheitsversorgung und der sozialen Fürsorge, die gesetzliche und private Versicherung und auch den gesetzlichen und privaten Sektor miteinander zu koordinieren. Für die Langzeitpflege gilt dies in noch stärkerem Maße.

## **Langzeitpflege**

Durch die höhere Lebenserwartung und die sozioökonomischen Veränderungen steigt der Bedarf an Langzeitpflege immer weiter an. Die Mitgliedstaaten suchen daher einen zukunftssicheren Finanzierungsmix, wobei der Anteil privater Finanzierungsquellen derzeit relativ hoch ist. Diese Quellen sind beispielsweise private Krankenversicherungen oder private Zahlungen.

Viele pflegebedürftige Menschen wünschen sich eine Langzeitpflege im Haushalt oder in der Gemeinde, nicht in Pflegeheimen. Dennoch machen diese Pflegeheime in vielen Ländern mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben aus. Wie bei der Gesundheitsversorgung muss auch im Langzeitpflegesektor (professionelle Pflege) der zu erwartende Personalmangel aufgefangen werden, und es muss ein Weg gefunden werden, nichtfachliche Pflegekräfte (Familienangehörige oder Freundeskreis) zu unterstützen.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

### **Kernaussagen aus den neuen NSB der Mitgliedstaaten über Strategien zur Förderung der gemeinsamen sozialen Ziele in der EU:**

- Um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzdämpfen und eine Erholung zu fördern, kann sich die EU auf die Solidarität, die der Sozialpolitik zugrunde liegt, und auf den Fortschritt bei den Systemreformen stützen. Es ist von größter Bedeutung, die positive Interaktion mit Aktionen für weiteres Wachstum und weitere Arbeitsplätze zu verstärken. Insbesondere müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Sozialschutzsysteme ihre Rolle als automatische Stabilisatoren voll ausfüllen können. Die negativen Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und den sozialen Zusammenhalt lassen sich nur mit langfristigen Reformen abwenden. Diese Reformen sind mit kurzfristigen Maßnahmen zu ergänzen, die Arbeitsplatzverlusten entgegenwirken und das Haushaltseinkommen sichern sollen. Die jüngsten Strukturreformen im Bereich der sozialen Sicherheit zeigen Wirkung: Mehr Menschen kehren ins Erwerbsleben zurück, die Anreize für eine Erwerbstätigkeit werden ausgebaut, und die Belastbarkeit der Arbeitsmärkte steigt. Dadurch wird das Erwerbsleben verlängert, und das Wachstum der Wirtschaft wird gefördert. Hierzu ist eine starke, EU-weit koordinierte Reaktion erforderlich. Nützliche Hinweise und Informationen sind dem europäischen Konjunkturprogramm zu entnehmen.
- Der Europäische Sozialfonds sollte flexibel und zeitnah in vollem Ausmaß herangezogen werden, um die sozialen Konsequenzen der Krise zu mildern. Mit diesem Fonds sollte der rasche Wiedereintritt von Erwerbslosen in das Erwerbsleben gefördert werden, wobei der Schwerpunkt auf den Schwächsten liegen sollte. Auch eine vereinfachte Umsetzung des EU-Strukturfonds und eine bessere Koordinierung mit den Sozialpolitiken tragen ihren Teil dazu bei. Zur Überwachung der Trends im sozialen Bereich wird die Kommission in regelmäßigen Abständen ein Bulletin veröffentlichen. Berichte der Mitgliedstaaten können den Austausch von Informationen und Erfahrungen mit den Politiken im Ausschuss für Sozialschutz erleichtern.
- Es sind umfassende Strategien zur „aktiven Eingliederung“ umzusetzen, die die Bildung integrativer Arbeitsmärkte fördern, den Zugang zu angemessenen Diensten ermöglichen und ein angemessenes Mindesteinkommen sicherstellen. Die Bestrebungen der Mitgliedstaaten, umfassende Strategien gegen die Armut und die soziale Ausgrenzung von Kindern umzusetzen und auch den Zugang zu einer erschwinglichen Kinderbetreuung zu ermöglichen, müssen verstärkt werden. Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit als eine der extremsten Formen der sozialen Ausgrenzung, die Beseitigung der vielfältigen Benachteiligung der Roma und die Bedrohung dieser Gruppe durch soziale Ausgrenzung sowie die Förderung der sozialen Eingliederung von Migranten erfordern



nachhaltige Anstrengungen. Es können jederzeit neue Risikogruppen, beispielsweise junge Erwerbsfähige und Arbeitskräfte, die eine erste Stelle suchen, und auch neue Risiken entstehen; eine aufmerksame Beobachtung ist also dringend geboten.

- Die langfristige Angemessenheit und Zukunftssicherheit der Rentensysteme ist abhängig von den fortlaufenden Anstrengungen, die in der Lissabon-Strategie als Ziel festgelegte Erwerbstätigenquote von 50 % bei älteren Menschen zu erreichen. Insbesondere bei weiblichen und geringverdienenden Erwerbstätigen ist es wichtig, die volle Absicherung zu gewährleisten und die Angemessenheit der Rente zu überwachen. Bei den meisten Erwerbstätigen, die heute in Rente gehen, halten sich die Auswirkungen der Krise dank der langfristigen Strategien und der Regulierungsrahmen in Grenzen; einige neue Rentenempfänger dürften allerdings ein niedrigeres Einkommen erhalten als erwartet. Kapitalgedeckte Systeme müssen so überarbeitet werden, dass sie den Risiken in der Anlage- und Auszahlungsphase widerstehen und eine bessere Absicherung bieten, damit sie ihre Stärken auch angesichts der Alterung der Bevölkerung voll ausspielen können.
- Die Mitgliedstaaten arbeiten daran, das Preis-Leistungs-Verhältnis für die Gesundheitsversorgung zu erhöhen und die bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen. Die medizinische Grundversorgung, die Vorsorge, die Gesundheitsförderung, eine bessere Koordinierung und der rationelle Einsatz der Ressourcen rücken hierbei verstärkt in den Vordergrund. Diese Strategien müssen noch energischer verfolgt werden, insbesondere wenn Personalmangel in Gesundheitssystemen herrscht. Angesichts dieses potenziellen Personalmangels müssen zudem Maßnahmen ergriffen werden, mit denen Ärzte und Pflegepersonal auf allen Ebenen angeworben, geschult, gehalten und weitergebildet werden.
- Die Mitgliedstaaten arbeiten außerdem daran, Systeme für qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung einzurichten und zu stärken, eine solide Finanzierungsgrundlage zu schaffen, die Koordinierung in der Gesundheitsversorgung zu verbessern, den Personalbestand auszubauen und auch nichtfachliche Pflegekräfte stärker zu unterstützen.
- Der laufende OKM-Zyklus (Zyklus der sozialen offenen Koordinierungsmethode) geht bis zum Jahr 2010, dem Zieljahr für die Lissabon-Strategie. Große Anstrengungen sind nötig, um die vereinbarten Ziele hinsichtlich des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung erreichen. 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, und dieses Jahr wird dieses Engagement einmal mehr bestätigen. Die Entscheidung, quantifizierte Ziele und ihre Definitionen auf nationaler Ebene festzulegen, fällt weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die positive Rolle der sozialen OKM könnte dabei allerdings durch evidenzbasierte nationale Zielfestlegung weiter verstärkt werden. Der Grad und die Beständigkeit, mit der die Interessengruppen sich einbringen, und auch die Einbindung sozialer Belange (unter anderem durch die Beurteilung der sozialen Auswirkungen als grundlegender Bestandteil ganzheitlicher Folgenabschätzungen), verlangen eine erhöhte Aufmerksamkeit.

## WEITERE INFORMATIONEN

<b>Gemeinsamer Bericht 2009 über Sozialschutz und soziale Eingliederung</b>	
Nationale Strategieberichte	<a href="http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/strategy_reports_de.htm">http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/strategy_reports_de.htm</a>
Soziale Eingliederung in der EU	<a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=437&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=437&amp;langId=de</a>
Sozialschutz in der EU	<a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=443&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=443&amp;langId=de</a>
Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	<a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=637">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&amp;catId=637</a>
Europäischer Sozialfonds	<a href="http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=325&amp;langId=de">http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=325&amp;langId=de</a>
Europäisches Konjunkturprogramm	<a href="http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13502_en.htm">http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13502_en.htm</a> (in englischer Sprache)

Europäische Kommission

GEMEINSAMER BERICHT 2009 ÜBER SOZIALSCHUTZ UND SOZIALE EINGLIEDERUNG – ZUSAMMENFASSUNG  
Soziale Eingliederung, Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2009 – 24 S. – 14,8 x 21cm

ISBN 978-92-79-13133-2

doi:10.2767/36616

In dieser Broschüre finden Sie eine Zusammenfassung des gemeinsamen Berichts 2009 über Sozialschutz und soziale Eingliederung. Die Broschüre beruht auf den nationalen Strategieberichten, in denen die nationalen Prioritäten für Sozialschutz und soziale Eingliederung dargelegt werden, und bietet einen Überblick über die wichtigsten Trends in diesen Bereichen in der Europäischen Union und auf nationaler Ebene.  
Die Druckausgabe dieser Veröffentlichung ist in allen Amtssprachen der EU erhältlich.

## Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

### **Kostenpflichtige Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen.

Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

### **Kostenlose Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Kommission.

Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://ec.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit interessiert sind, können Sie sie unter folgender

Adresse herunterladen oder kostenfrei abonnieren:

**<http://ec.europa.eu/social/publications>**

Unter der folgenden Adresse können Sie sich auch gerne für den kostenlosen E-Newsletter der Europäischen Kommission *Social Europe* anmelden:

**<http://ec.europa.eu/social/e-newsletter>**

**<http://ec.europa.eu/social>**



■ Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-13133-2



9 789279 131332